

20. Juli 1916

Aus der Sozialdemokratie.

Ein Klagebrief von „Spartakus“. Ein neuer Spartakus-Brief liegt vor: vom 15. Mai. Er ist angefüllt mit einer Klage über die Unlust sozialdemokratischer Kreise, in diesem Jahre eine Maifeier zu veranstalten:

„Wir haben uns auch an die sogen. Lebehour-Gruppe gewandt und sie aufgefordert, mit gemeinsamen Kräften in Berlin eine Maidemonstration zustande zu bringen. Zur Antwort bekamen wir — eine runde Absage. Zum Teil aus Kleinlichen Prioritätsrücksichten: es wurde uns als arge Sünde angetreibe, daß das Maiflugblatt bereits geschrieben war, statt froh zu sein, daß wenigstens andere bei der vorgerückten Zeit die allernotwendigsten Vorbereitungen getroffen hatten! Sodann aber und als Hauptgrund der Absage galt das Argument: es fehle jede Stimmung in den Massen, es werde nichts zustande kommen, wir machen uns nur lächerlich. Es blieb uns nichts übrig, als auf eigene Faust die Maidemonstration vorzubereiten, so gut oder so schlecht wir es konnten.“

Hierauf gibt der Spartakus-Brief eine allen Berichten widersprechende Schilderung der Verhaftung des Abg. Dr. Liebnicht auf dem Potsdamer Platz, um dann den Reichstag, wie folgt, zu schmähen: „Schon wirkt der deutsche Reichstag wie ein verächtlicher Hundestall, nachdem der einzige Mann fehlt, der mit der ganzen Kraft und Würde den internationalen Sozialismus, grundsätzliche Politik und männliche Charakterfestigkeit vertrat.“

Die Wirren in Seltow-Beeskow-Charlottenburg. Der sozialdemokratische Kreisvorstand für Seltow-Beeskow-Charlottenburg protestiert gegen die Enthebung von seinem Posten durch die Versammlung, die am Sonntag weitergetagt hat, nachdem die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis wegen statutenwidriger Zusammensetzung geschlossen war. Der bisherige Kreisvorstand veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Erklärung, worin er von neuem hervorhebt, daß die Generalversammlung durch die Zulassung der beitragsperrenden Organisationen von Neukölln und Lichtersfelde eine statutenwidrige Zusammensetzung erhalten hatte und ihre Beschlüsse demzufolge ebenfalls statutenwidrig sein mußten. Die heutige Erklärung des Kreisvorstandes schließt: „Die Gruppe Delegierter der geschlossenen Generalversammlung war nicht berechtigt, in ihrer besonderen Veranstaltung für die Organisation statutarisch bindende Beschlüsse zu fassen; sie haben für die Mitglieder des Kreiswahlvereins keine Gültigkeit. Die Ausgabe der Beitragsmarken und ihre Verrechnung erfolgt nach wie vor nur durch die Kreisorganisation. Der Kreisvorstand, als der allein dazu Berufene, wird unter Wahrung der statutarischen Bestimmungen, sobald die Umstände es gestatten, eine neue Kreisgeneralversammlung vorbereiten und die Entscheidung der Mitglieder anrufen.“

Der „Vorwärts“ teilt noch mit, daß von den 13 Delegierten, die mit dem engeren Kreisvorstand den Saal verließen, 4 aus Köpenick, 2 aus Neukölln, die übrigen aus Langewahl, Petersdorf, Rauen und Seltow stammten. — In dem Riesenwahlkreis Seltow-Beeskow-Charlottenburg erheben jetzt also auf Grund verschiedener Beitragsmarken Parteibeiträge sowohl der alte sozialdemokratische Kreisvorstand, wie ein neuer am Sonntag gewählter provisorischer Vorstand.